



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0 838 890

F/XVI/10 - 12. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Soll es so weitergehen?</u> Zur "Reform" der Krankenversicherung Von Helmut Rohde, MdB	76
3 - 4	<u>Wahljahr 1957 - Wahljahr 1961</u> Wie sich die politischen Bilder gleichen Von Max Seidel, MdB	66
5 - 6	<u>Diplomatie in der Zwickmühle</u> Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	90
7 - 8	<u>Wahlkampf mit modernen Mitteln</u> Zum Thema Fernschdiskussion der Kanzlerkandidaten Von Wolfgang Jansen	56
8	<u>Willkür</u> Zum Verbot des Evangelischen Kirchentages in Ostberlin	23

\* \* \* \*

Soll es so weitergehen?

Zur "Reform" der Krankenversicherung

Von Helmut Rohde, MdB

Die Beratungen der sogenannten "Reform" der Krankenversicherung erreichen allmählich ein Stadium, bei dem schon von grobem Unfug gesprochen werden muss. So wurde in dieser Woche vom Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages die Einführung einer Krankenscheingebühr beschlossen, obwohl eigentlich die überwiegende Mehrheit der Ausschussmitglieder von diesem Eintrittsgeld zur Arztpraxis gar nichts hält. Es kann auch den CDU-Abgeordneten, die für diese Gebühr gestimmt haben, nicht unterstellt werden, dass sie darin ein Ergebnis sinnvoller Sozialpolitik sehen. Das haben sie im Bundestagsausschuss auch gesagt - vor einem Jahr allerdings! Im letzten Frühjahr versicherten CDU-Abgeordnete, eine Krankenscheingebühr taue nichts. "Sie ist schlechter als gar keine Kostenbeteiligung", meinten sie und liessen keinen Zweifel daran, dass es sich dabei um ein völlig ungeeignetes Finanzierungsmittel für die Krankenkassen handelt.

Wider alle Vernunft und Überzeugung

Es ist davon auszugehen, dass die gleichen CDU-Abgeordneten inzwischen ihre Ansicht nicht geändert haben. Und das ist das Besorgniserregende an diesem ganzen Vorgang: jetzt wird wider alle Vernunft und Überzeugung beschlossen. Die CDU-Abgeordneten müssen wissen - und sie wissen es sicher auch -, dass diese Krankenscheingebühr, die sie aus der Klamottenkiste der deutschen Sozialpolitik hervorgeholt und mit einem neuen Namen (Mitgliedsbescheinigung) versehen haben, genauso wieder verschwinden wird, wie sie schon einmal abgeschafft wurde und wie sie im April 1960 beispielsweise auch Österreich beseitigt hat. In diesem unserem Nachbarlande konnte man eines Tages keinen Sinn mehr darin sehen, eine Gebühr zu erheben, die bei Lichte betrachtet eine einseitige Belastung der sozial schwachen Bevölkerungskreise darstellt.

Für diese verwirrenden Vorgänge gibt es eine Erklärung, die allerdings nicht in den Gefilden der Sozialpolitik sondern einzig und allein in der Resignation und Verärgerung der CDU-Abgeordneten zu suchen ist. Sie haben inzwischen gemerkt, dass sie in dieser Legislaturperiode keine Reform der Krankenversicherung mehr zustande bringen, die diesen Namen wirklich verdient. Zu lange haben sie sich auf das verlassen, was die Regierung tut oder unterlässt. Nicht nur die Opposition hat den Eindruck, dass sich die CDU-Fraktion überhaupt kein Bild davon gemacht hat, was sie mit der absoluten Mehrheit dieser vier Jahre sozialpolitisch eigentlich anfangen wollte. Allenfalls hat es zu Ressentiments gegenüber dem sozialen Rechtsstaat und seiner Verwirklichung gereicht. Während zum Beispiel 1959 die interessierte Öffentlichkeit den ersten Entwurf des Arbeitsministeriums zur Krankenversicherungsreform diskutierte, hüllte sich die CDU einschliesslich ihrer Arbeitnehmer-Gruppen in ein Schweigen, hinter dem sich nicht angespanntes Nachdenken, sondern einfach Tatenlosigkeit verbarg.

### Resignierende Selbsterkenntnis

Jetzt zeigt sich, dass sich eine Parlamentsmehrheit nicht nur als ein verlängertes Arm der Regierung begreifen sollte. Im konkreten Fall der Krankenversicherungsreform ist die CDU jedenfalls in eine Sackgasse geraten, in die sie Blank mit "Hüh" und Adenauer mit "Hot" hineinkutschiert hat.

In dieser Stimmung resignierender Selbsterkenntnis beschließt die CDU im Bundestagsausschuss jetzt alles so dahin, wie es kommt und wie es dem Kanzler gefällt, der seinen Sozialpolitikern oft und öffentlich die schmerzenden Sporen gegeben hat. Dabei drängt sich der Eindruck auf, dass manche der CDU-Abgeordneten mit einem Schuss Schadenfreude ihre Beschlüsse fassen. Denn sie sind klug genug, um zu wissen, dass ihre bisherigen Beschlüsse und das, was sie noch beschließen wollen, kein sinnvolles Ganzes ergeben und dass die Krankenkassen nach dieser "Reform" wahrscheinlich vor noch grösseren Problemen stehen als heute.

Nicht nur die Opposition hat angesichts der sozialpolitisch zerfaserten CDU die Frage, ob 1961 die deutsche Krankenversicherung in den Still weiter traktiert werden soll, gestellt. Sie darf nicht zum Leittragenden des Parteiärgers werden! Eine umfassende Reform kann sinnvoll in dem verbleibenden Rest der Legislaturperiode nicht mehr bewältigt werden. So wie die Dinge liegen, ist der Vorschlag der SPD - sich auf vordringliche Leistungsverbesserungen für die Versicherten und deren solide Finanzierung zu beschränken - immerhin die einzig brauchbare Verhandlungsgrundlage.

Dieser SPD-Vorschlag hat im Übrigen den Vorzug, dass er die Krankenkassen vor einer Finanzmisere bewahrt, die wie ein drohender Schatten über dem CDU-Weg ins Ungewisse schwebt. Ausführlich und bis heute unwidersprochen hat die SPD-Sozialpolitiker in der Begründung ihres Gesetzesentwurfes berechnet, dass die Leistungsverbesserungen für die Versicherten ohne Beitragserhöhung und ohne Kostenbeteiligung finanziert werden können, wenn den Kassen endlich die archifremden Ausgaben bei Berufsunfällen und für Mutterschaftshilfe erstattet werden.

### Politischer Zündstoff

Die CDU ist voll Abneigung gegen eine korrekte Erstattung der archifremden Ausgaben an die Kassen und neigt dazu, die Beitragsschleuse zu öffnen - nach der Wahl, wenn es geht. In den Wandelgängen des Bundeshauses diskutiert sie, wieviel Prozent Beitragserhöhung ihr Weg kosten wird. Dabei sucht sie Trost, etwa mit Hintergedanken folgender Art: "Kommt 1961 ein Sozialdemokrat auf den Stuhl des Arbeitsministers, dann soll er schon, wie er mit den Finanzproblemen der Kassen fertig wird. Sitzen wir wieder oben, dann werden wir in den nächsten vier Jahren das verwirklichen, wozu uns bisher der Schmidt gefehlt hat, nämlich eine ärztliche Kostenbeteiligung für alle Versicherten." Diese Absicht der CDU lässt sich belegen.

Das also ist alles in allem der Stil der heutigen Bonner Sozialpolitik, der 1957 ein "neuer" Stil sein wollte. Gefährlich daran ist, dass die Plänemacher der CDU gar nicht den politischen Zündstoff erkennen, der in einem solchen Herumexperimentieren mit den Einrichtungen der sozialen Sicherung in einer Industriegesellschaft liegt.

## Wahljahr 1957 - Wahljahr 1961

Wie sich die politischen Bilder gleichen

Von Max Seidel, MdB

Der Bundeshaushaltsplan 1961 ist bei seiner Einbringung in den Bundestag im Oktober 1960 mit 44,8 Mia. DM um rund drei Mia. DM höher gewesen als sein Vorgänger. Noch steckt der Haushaltsausschuss des Bundestages mitten in der Einzelberatung, da wird vom Bundesfinanzministerium schon der Öffentlichkeit beigebracht, dass der eingebrachte Etatplan 1961 um weitere 3,9 Mia. DM erhöht werden muss. Von einem Haushaltsjahr zum anderen demnach eine Etatserhöhung um rund 7 Mia. DM. Wahrlich ein toller finanzieller Hochsprung, der da von der Bundesregierung vollführt wird.

Wehe, wenn das durch Anträge der Opposition im Bundestag beabsichtigt gewesen wäre. Welche währungspolitische Krokodilstränen hätte es da gegeben, was müsste sich die Opposition über ihr "versorgungsgestattliches" Banken alles anhören und wie wäre ihr solches Tun als ein reines wahltaktisches Manöver angekreidet worden. Der Chor der CDU Biedermänner hätte über die Opposition einen rührenden Text mit herzweihender Melodie verbreiten lassen, bei dem jedem Sparer das Gruseln gekommen wäre. Jetzt aber nichts von alledem. Jetzt muss der CDU-Text und Melodie darauf abgestimmt sein, dass es nur so und nicht anders gemacht werden konnte, denn für die grösste Etatsauswertung der sieben Mia. DM von einem Jahr zum andern zeichnet nämlich allein die Regierung und die Regierungspartei verantwortlich.

Viele Bürger fragen, ob das Wahljahr 1961 der Verführer zum mehr ausgeben sei. Das wird die Regierungspartei weit von sich weisen; das hätte man schon früher nicht getan.

Nicht getan?

Wie was es vor vier Jahren im Wahljahr 1957? Wer sich die verabschiedeten Gesetze des Bundestages aus dem Jahre 1957 ansieht und sie mit den Gesetzen und Gesetzesplänen der Bundesregierung von 1961 vergleicht, ist erstaunt über die verblüffende Ähnlichkeit der Gesetzesmaterie und der Zielrichtung auf die Wählergruppen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien einige Beispiele angeführt:

- 1957 = Verabschiedung des Bundesbesoldungsgesetzes
- 1961 = Inkrafttreten der Besoldungserhöhung für Beamte
- 1957 = Verabschiedung des 8. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleiches
- 1961 = Vorlage eines 13. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleiches
- 1957 = Verabschiedung der 2. Novelle zum Gesetz 131
- 1961 = Vorlage einer 3. Novelle zum Gesetz 131
- 1957 = Verabschiedung des Gesetzes über Gleichstellung aller Arbeitnehmer im Krankheitsfall
- 1961 = Planung einer Änderung des Gesetzes über Gleichstellung aller Arbeitnehmer im Krankheitsfall (Beseitigung der diskriminierenden Karenzzeit)
- 1957 = Verabschiedung der 4. Änderung und Ergänzung von Vorschriften der Kindergeldgesetze
- 1961 = Entwurf zur Änderung und Ergänzung des Kindergeldgesetzes zu Gunsten einer teilweisen Erfassung des 2. Kindes

Ähnliche vergleichende gesetzliche Absichten liessen sich für den "Grünen Plan", für steuerpolitische Maßnahmen usw. anführen.

Diese Wiederholung und Anhäufung bestimmter gesetzlicher Pläne im Jahre 1961 wird von niemanden als zufällig angesehen, sondern als bewusste Steuerung der Bundesregierung für das Wahljahr betrachtet werden. Zweifellos wäre es möglich gewesen, z.B. bestimmte sozialpolitische Notwendigkeiten schon früher, oder früher gründlicher und umfassender zu regeln. Aber die Bundesregierung wollte besonders auf das Wahljahr abgestimmt ihrer Methode treu bleiben und mehr die Grünenpolitik weiter betreiben, als eine konsequente Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik durchführen.

Die Opposition begrüßt jeden sozialpolitischen Fortschritt. Sie hat aber ernste Bedenken gegen die sozialpolitischen Halbheiten und Unzulänglichkeiten, die laufend von der Bundesregierung betrieben werden. Darum wird die Opposition, ungerührt von der Höhe des Stats, der Regierungspartei in den kommenden Beratungen und Entscheidungen um den Bundeshaushalt 1961 und bei den vorliegenden Gesetzesentwürfen noch manche "Gretchenfrage" zu stellen haben.

+ + +

### Diplomatie in der Zwickmühle

Einer der übelsten und verlogenen Schachzüge der kommunistischen Welt besteht darin, Forderungen und Bestrebungen von demokratischer Seite nachzuahmen und als Argumente für ihre Zwecke zu benutzen. Der gegenwärtige Diktator Kubas, Fidel Castro, scheint dieses verlogene Spiel meisterhaft zu beherrschen. Missbrauchte er die traditionellen Gegensätze zwischen Nord- und Südamerika zu dem Versuch, unter dem Namen einer "lateinamerikanischen Gewerkschaftsinternationale" die freie Internationale zu spalten, so missbraucht er nunmehr eine Forderung, die südamerikanische Staaten gegen den Sowjetblock erhoben, als neue Waffe in seinem Kampf gegen die Vereinigten Staaten. Der Castrosche Angriff gegen die amerikanische Botschaft in Havanna, welcher Washington veranlasste, die Beziehungen zu Kuba abzubrechen, ist eine grobe Verdrehung und verlogene Aneignung von Beschwerden, die parlamentarisch regierte Staaten Südamerikas gegen die diplomatischen Vertretungen des Sowjetblocks erhoben.

Der kubanische Vorwurf, dass die Botschaft der Vereinigten Staaten übermässig viel Personal beschäftige und dieses innenpolitisch gegen die Regierung Castro einsetze, entspricht nämlich Vorwürfen, welche seit einiger Zeit Argentinien, Uruguay und andere südamerikanische Staaten gegen die diplomatischen Vertretungen des Sowjetblocks erheben. Regierung und Presse Argentiniens wiesen darauf hin, dass die Moskauer Botschaft in Buenos Aires 42 Personen beschäftige, die der Tschechoslowakei 21. Dem wurde gegenüber gestellt, dass die argentinische Botschaft in Moskau sieben Personen zähle, die in Prag sogar nur vier. In kleinsten Lande Südamerikas, in Uruguay, gehören sogar 60 Personen der sowjetischen Botschaft an, der Botschaft Uruguays in Moskau nur drei. Man weiss, dass ein grosser Teil dieses russischen und tschechischen Botschaftspersonals fast ständig auf Reisen ist. Sie nehmen Fühlung mit "kulturellen" Organisationen und "Friedensbünden". Die russische und die tschechische Botschaft in Buenos Aires versuchen, russische und tschechische Einwanderer für die Verteilung prokommunistischer Schriften zu gewinnen, ebenso zur Bespitzelung der dortigen alten Kolonien von Weissrussen, Kroaten und Ukrainern.

Der erste Schritt einer Regierung gegen eine solche Betätigung der in ihrem Lande ansässigen diplomatischen Vertretungen ging von Argentinien aus. Der Aussenminister Argentiniens schlug vor einiger Zeit Moskau vor, das Personal seiner Botschaft auf dieselbe Anzahl von Personen zu beschränken, die die Botschaft Argentiniens in Moskau umfasst. Denselben Vorschlag machte die argentinische Regierung in Prag. Gleichzeitig unterrichtete Buenos Aires die übrigen südamerikanischen Staaten von seinem Vorgehen und forderte sie auf, sich ihm anzuschliessen. Die Frage wird bei der nächsten Tagung der lateinamerikanischen Aussenminister behandelt werden.

Grundsätzlich gesehen, berührt die Angelegenheit nicht nur den Sowjetblock und - auf der anderen Seite - die Vereinigten Staaten. Der Kalte Krieg zwischen Ost und West hat dazu geführt, dass sehr viele Staaten in weit grösserem Masse als früher durch ihre Auslandsver-

vertretungen politische Propaganda und mehr treiben. Den Botschaften wurden Kulturabteilungen, Radioreferenten, Sozialattachés angegliedert, die in vielen Fällen die Länder, in denen sie arbeiten, auch innenpolitisch beeinflussen sollen. Bei den Presseattachés, die schon die frühere Diplomatie kannte, ist das Schwergewicht der Arbeit von der Beobachtung der Presse des Landes, in dem sie arbeiten, abgeglitten zu einer Beeinflussung der Presse, die bis zu der Einschleusung bezahlter Artikel und zur finanziellen Unterstützung willfähriger Presseorgane geht.

Diese Entwicklung, die bis zu einem Kampf der ausländischen Vertretungen des Westens und des Ostens um Rundfunk, Presse, Gewerkschaften und "Kultur" geht, hat nicht nur die südamerikanischen Staaten verschluckt. Auch in anderen Erdteilen finden sich Regierungen, und meist solche durchaus demokratischen Charakters, die gegen die Mammutbotschaften und ihr Bemühen, unter kultureller oder sozialer Flagge innenpolitisch Einfluss auszuüben, kämpfen. Diese Gegnerschaft hat Grossbritannien veranlasst, für seine Presse- und Rundfunkpolitik Privatagenturen und Firmen einzusetzen und jede direkte Betätigung seiner diplomatischen Vertretungen auf diesem Gebiet zu unterlassen.

Die Staaten der westlichen Welt tun auf jeden Fall gut, damit zu rechnen, dass trotz der augenfälliger Verdrehung der Frage, wer den Rahmen für die Tätigkeit einer diplomatischen Vertretung überschritten habe, auf der bevorstehenden Wiener Konferenz über die Revision des aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts stammenden diplomatischen Protokolls eine Reihe traditionell liberaler kleinerer Staaten eine Festlegung des Rahmens der Tätigkeit der diplomatischen Vertretungen verlangen wird. Man liebt in vielen Staaten keine "Mammutbotschaften", wie sie der Kalte Krieg Ost gegen West geschaffen hat. Der Umstand, dass sich Kuba als Vorkämpfer der Idee präsentiert, die Botschaften der Grossmächte abzubauen, wird die übrigen lateinamerikanischen Staaten nicht daran hindern, dieses Vorgehen im Prinzip zu unterstützen. Und es ist zu erwarten, dass der Sowjetblock, um dem Westen eine neue Niederlage zuzufügen, versuchen wird, sich diesen Bemühungen als Partner zu präsentieren. Die Beschränkung der diplomatischen Vertretungen auf ein enges Gebiet der Aussen- und Wirtschaftspolitik wird sicher eines der Hauptthemen der Wiener Konferenz werden. Es ist besser, man ist sich vorher darüber klar und sucht Wege, Kultur- und Sozialpolitik ebenso wie die Entwicklungshilfe zu selbständigen, unabhängigen Organen umzugestalten, als dass man sich dem Vorwurf aussetzt, dass der Westen nicht weniger als der Sowjetblock versuche, die innenpolitischen Verhältnisse dritter Länder durch ihre diplomatischen Vertretungen in dem Sinne ihrer Interessen zu gestalten und zu beeinflussen.

P.H.H.

+ + +

## Wahlkampf mit modernen Mitteln

Von Wolfgang Jansen

Die CDU macht sich Sorgen. Merkwürdigerweise zerbricht sie sich den Kopf nicht über ihre eigenen Angelegenheiten, sondern über die des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Willy Brandt. Sie meint, Brandt könne bei einer solchen Diskussion nicht bestehen. Im gleichen Atemzuge - und damit beide Argumente völlig entwertend - wirft sie ihm vor, er wolle ein parteipolitisches Geschäftchen machen, was doch wohl nur heissen soll, er wolle dabei für sich und seine Partei einen Vorteil gewinnen. Mehr noch: Er wolle etwas vom Ansehen und Rang des Bundeskanzlers abbekommen. Als ob der in der ganzen Welt bekannte und geschätzte Willy Brandt das nötig hätte!

Die CDU/CSU hat offenbar gar nicht begriffen, worum es geht: Es geht nicht um die Erbringung eines Vorteils für die eine oder andere Seite, sondern einfach darum, das modernste Mittel der Nachrichtenübermittlung, das Fernsehen, in die eigentliche Aufgabe von Wahlkämpfen einzuschalten, nämlich den Staatsbürger über die politische Lage, die Ansichten und Absichten der Parteien und der Kanzlerkandidaten zu informieren und ihm so die Wählentscheidung nicht nur zu erleichtern, sondern im Grunde genommen überhaupt erst zu ermöglichen. Dazu könnte die Fernsehdiskussion in einem ausserordentlich grossen Masse beitragen. Wenn die CDU/CSU andere Motive unterstellt, wenn sie gar fürchtet, ihrem Kanzlerkandidaten könne etwas von seinem Rang und Ansehen gestohlen werden, so spricht das nur gegen sie selbst.

Nun meint die CDU/CSU ferner, ein Bundeskanzler könne doch nicht mit dem Spitzenkandidaten einer anderen Partei auf gleicher Ebene diskutieren. Nun, erstens ist in einem demokratischen Staat ein Bundeskanzler kein Monarch auf erhöhtem Podest. Und zweitens ist der Bundeskanzler immer nur für eine Legislaturperiode. Beim Wahlkampf geht es aber nicht um die gegenwärtige, sondern um die zukünftige Legislaturperiode. Wer in dieser Periode Bundeskanzler sein wird, bestimmt auf dem Weg über die Zusammensetzung des Bundestages der Wähler und nicht die CDU/CSU. Im Wahlkampf also gibt es keinen Bundeskanzler und keinen Nicht-Bundeskanzler, sondern nur Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers. Überheblichkeit ist nicht an Platze.

Schliesslich - und das ist das Erstaunlichste - behauptet die CDU/CSU plötzlich, bei der Bundestagswahl gehe es nicht um einen Präsidenten



wie in Amerika - oder um einen Bundeskanzler, sondern ausschliesslich um Parteien und ihre Programme. Sollte sie in ihrem Eifer erwägen, die in Anlehnung an 1953 ("Deutschland wählt Adenauer") und 1957 entworfenen Adenauer-Plakate in den Papierkorb zu werfen, so wäre das fehl am Platze. Eine der wichtigsten Aufgaben der Bundestagsabgeordneten ist es nämlich, den Bundeskanzler zu wählen, der allein die Richtlinien der Politik bestimmt, weitestgehende Vollmachten hat und praktisch unabsetzbar ist, wie die Vergangenheit gezeigt hat.

Die Abgeordneten betätigen sich also insoweit genau wie in Amerika als "Wahlmänner". Sicherlich ist die Verfassungskonstruktion bei uns in Einzelheiten anders als in Amerika; aber sie ist deshalb doch durchaus vergleichbar. Die CDU/CSU hatte recht, als sie 1953 und 1957 auch als eine personelle Entscheidung hinstellte und sie sollte sich jetzt nicht selbst Lügen strafen. Stattdessen sollte sie sich unter diesen Aspekten noch einmal überlegen, ob sie nicht doch mit den Mitteln, die unsere Zeit bietet, dem Wähler Vergleich und Entscheidung erleichtern und zugleich mit einem solchen Fernsehgespräch einen Beitrag zu einem fairen Wahlkampf leisten sollte, den sie nach neuesten Äusserungen ebenso wie die SPD anstrebt.

+ + +

#### Willkür

sp - Wie stark der innere Zusammenhalt der deutschen Nation durch Pankow gefährdet ist, zeigt der schwere Schlag, den die sowjetzonalen Machthaber der Evangelischen Kirche durch das Verbot, den Evangelischen Kirchentag auch in Ostberlin abzuhalten, zugefügt haben. Die Evangelische Kirche gehört zu den letzten Klammern, die beide durch politische Willkür getrennte Teile Deutschlands zusammenhalten. Diese Klammer soll zerstört werden: Die Beherrscher Mitteldeutschlands sprechen zwar viel von deutscher Einheit, aber sie tun alles, um ihr Zustandekommen zu verhindern. Unter heuchlerischen Vorwänden beschuldigen sie die Evangelische Kirche, sie würde Partei ergreifen für die Revanchisten und Militaristen und dabei richtet sich ihr besonderer Zorn gegen die ehrwürdige Gestalt Bischofs Dibelius, dessen Reden und Wirken ihnen schon lange ein Dorn im Auge ist. Der Sinn dieses infamen und provokativen Verbots liegt wohl in erster Linie darin, die Spannungen in und um Berlin willkürlich zu erhöhen. Die Evangelische Kirche wird auch diesen gegen ihre Existenz geführten Schlag überwinden. Zu fest ist sie in der mitteldeutschen Bevölkerung verankert und in der Abwehr aller gegen sie geführten Angriffe kann sie der Solidarität aller Deutschen gewiss sein. Das Pankower Verbot soll ja nicht allein die Evangelische Kirche treffen; alle Deutschen werden davon betroffen. Die Antwort darauf kann nur in dem Bemühen liegen, von westdeutscher Seite alles zu unterlassen, was die Pflege des menschlichen Kontaktes zwischen hien und drüben behindert.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel